

## "Eine durch und durch demokratische Nation"

Richter, Klaus

DOI:

[10.25627/20156429859](https://doi.org/10.25627/20156429859)

License:

None: All rights reserved

*Document Version*

Publisher's PDF, also known as Version of record

*Citation for published version (Harvard):*

Richter, K 2015, "Eine durch und durch demokratische Nation": Demokratie und Minderheitenschutz in der Außendarstellung Litauens nach 1918', *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung*, vol. 64, no. 2, pp. 194-217. <https://doi.org/10.25627/20156429859>

[Link to publication on Research at Birmingham portal](#)

### General rights

Unless a licence is specified above, all rights (including copyright and moral rights) in this document are retained by the authors and/or the copyright holders. The express permission of the copyright holder must be obtained for any use of this material other than for purposes permitted by law.

- Users may freely distribute the URL that is used to identify this publication.
- Users may download and/or print one copy of the publication from the University of Birmingham research portal for the purpose of private study or non-commercial research.
- User may use extracts from the document in line with the concept of 'fair dealing' under the Copyright, Designs and Patents Act 1988 (?)
- Users may not further distribute the material nor use it for the purposes of commercial gain.

Where a licence is displayed above, please note the terms and conditions of the licence govern your use of this document.

When citing, please reference the published version.

### Take down policy

While the University of Birmingham exercises care and attention in making items available there are rare occasions when an item has been uploaded in error or has been deemed to be commercially or otherwise sensitive.

If you believe that this is the case for this document, please contact [UBIRA@lists.bham.ac.uk](mailto:UBIRA@lists.bham.ac.uk) providing details and we will remove access to the work immediately and investigate.

# **„Eine durch und durch demokratische Nation“. Demokratie und Minderheitenschutz in der Außendarstellung Litauens nach 1918**

von  
Klaus Richter

## **1 Einleitung**

Am 6. Juli 1919 ging in New York die Amerikanerin Laura de Gozdawa Turczynowicz, Gattin eines polnischen Adligen, nach der Überfahrt aus England von Bord des Passagierschiffs *Baltic* und stellte sich den Fragen der Journalisten. Sie war, nachdem sie von 1914 bis 1916 als Schwester des Roten Kreuzes im Gouvernement Suwałki, einem mittlerweile zwischen Polen und Litauen umkämpften Landstrich, gearbeitet hatte<sup>1</sup>, nach der Niederlage Deutschlands als National Commissioner of Charities for Lithuania erneut nach Osteuropa gereist, wo noch immer Krieg herrschte. Als der Journalist sie als „Gräfin“ ansprach, verwehrte sie sich gegen die Nennung ihres Adelstitels: Litauen sei heutzutage „a very democratic country and titles have been abolished“. Die Republik Litauen habe „truly a democratic cabinet, including a Jew, a Catholic, a free thinker and a Socialist, and representing every creed and every party“.<sup>2</sup>

Vor dem Ersten Weltkrieg hatten Demokratiekonzepte im litauischen Intellektuellendiskurs kaum eine Rolle gespielt, die parlamentarische Praxiserfahrung beschränkte sich auf eine Handvoll Abgeordnete in der Reichsduma.<sup>3</sup> Unter deutscher Besatzung gab es kaum Möglichkeiten politischer Partizipation, weshalb die Konferenz von Vilnius, die im September 1917 den Litauischen Rat (Lietuvos Taryba) mit der Schaffung eines unabhängigen litauischen Staates beauftragte, nicht demokratisch legitimiert werden konnte.<sup>4</sup> Was also meinte de Gozdawa Turczynowicz, als sie der Republik Litauen attestierte, „a very democratic country“ zu sein?

---

<sup>1</sup> Siehe dazu de Gozdawa Turczynowicz's Memoiren und Peter Englund's erzählerische Schilderung ihrer Kriegserlebnisse: LAURA DE GOZDAWA TURCZYNOWICZ: *When the Prussians Came to Poland. The Experiences of an American Woman during the German Invasion*, New York 1916; PETER ENGLUND: *The Beauty and the Sorrow. An Intimate History of the First World War*, London 2011.

<sup>2</sup> *British Soviet Rule Coming, Says White*, in: *New York Times* vom 07.07.1919.

<sup>3</sup> ALDONA GAIGALAITĖ: *Lietuvos atstovai Rusijos Valstybės Dumoje 1906-1917 metais* [Die litauischen Vertreter in der russischen Staatsduma 1906-1917], Vilnius 2006.

<sup>4</sup> MANFRED HELLMANN: Litauen zwischen Demokratie und autoritärer Staatsform, in: HANS-ERICH VOLKMANN (Hrsg.): *Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen*, Marburg 1967, S. 156-167, hier S. 161.

Auf Seiten der Entente, deren Rückhalt existenziell für den jungen litauischen Staat war, entstand die „westliche Demokratie“ als verbindendes Konzept erst gegen Ende des Ersten Weltkriegs.<sup>5</sup> Allein schon die Mitgliedschaft des autokratischen Russischen Reiches hätte die Konstruktion eines die Triple Entente einenden politischen Systems gar nicht zugelassen.<sup>6</sup> Insofern eröffneten erst die Russische Revolution im März 1917 und die Etablierung der demokratisch gesonnenen provisorischen Regierung unter Aleksandr Kerenskij die Möglichkeit, den Weltkrieg als Kampf konkurrierender politischer Prinzipien darzustellen. Eine demokratische innere Verfasstheit wurde nicht nur zu einem mobilisierenden Faktor, sondern auch zu einem Indikator für die „Friedensfähigkeit“<sup>7</sup> eines Landes.

Die bislang vorliegende Forschung konzentriert sich zum überwältigenden Teil auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ als Legitimationsgrundlage für ein unabhängiges Litauen.<sup>8</sup> Die der Staatsbildung zugrunde liegende politische Verfasstheit sowie deren Rolle bei der Erlangung und Anerkennung staatlicher Unabhängigkeit hingegen hat bisher kaum Aufmerksamkeit erfahren. In diesem Artikel soll daher gezeigt werden, wie Politiker des sich ab 1918 konstituierenden litauischen Staates Demokratiekonzepte der Entente – insbesondere der Vereinigten Staaten – aufgriffen, um während der 1918 und 1920 in der Region von Finnland im Norden bis Bessarabien im Süden tobenden Kriege Unterstützung zu finden, aber auch die internationale Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit zu erreichen. Dies soll in erster Linie am Beispiel der Bestrebungen gezeigt werden, Kontakte zu einflussreichen Journalisten und Beteiligten an der Friedenskonferenz in Paris zu knüpfen. Da Litauen mit den Teilungen Polens von der europäischen Landkarte verschwunden und der Wissensstand über das Land daher gering war, stellt sich insbesondere die Frage, wie diplomatische und journalistische Ver-

<sup>5</sup> Die Gegnerschaft zum Deutschen Reich wurde bei Ausbruch des Krieges nicht mit politischen Gegensätzen begründet, sondern mit der Notwendigkeit, die europäische „Zivilisation“ vor der deutschen Barbarei zu schützen. MARCUS LLANQUE: *Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2000, S. 103-106.

<sup>6</sup> Zur Reaktion der britischen Öffentlichkeit auf die Aufnahme des Russischen Reiches in das Bündnis vor dem Hintergrund dieses politischen Gegensatzes siehe z.B. MARINA SOROKA: *Britain, Russia and the Road to the First World War. The Fateful Embassy of Count Aleksandr Benckendorff (1903-1916)*, Farnham 2011, S. 115 f.

<sup>7</sup> LLANQUE (wie Anm. 5), S. 103.

<sup>8</sup> Siehe u.a. ALFRED ERICH SENN: *Lietuvos valstybės atkūrimas 1918-1920* [Die Gründung des litauischen Staates, 1918-1920], Vilnius 1992; WIKTOR SUKIENNICKI: *East Central Europe during World War I. From Foreign Domination to National Independence*, Bd. 2, New York 1984; REGINA ŽEPKAITĖ: *Lietuva tarptautinės politikos labirintuose (1918-1922 m.)* [Litauen im Labyrinth der internationalen Politik (1918-1922)], Vilnius 1973. Eine Ausnahme bildet die Studie zur ethnischen Lobbyarbeit von Litauern in den USA von REMIGIJUS MISIŪNAS: *Didi maža tauta. Lietuvos įvairzdžio kampanija JAV 1919 metais* [Großes kleines Volk. Litauens Image-Kampagne in den USA im Jahr 1919], Vilnius 2008.

treter der Entente die Rolle Litauens im Prozess der Etablierung einer Nachkriegsordnung in Ost- und Ostmitteleuropa einschätzten. Besondere Beachtung muss dabei dem in der ersten Hälfte des Jahres 1919 an Bedeutung gewinnenden Prinzip des Minderheitenschutzes zukommen, der zu einer zentralen Forderung an die *ethnic democracies* Ostmitteleuropas wurde.<sup>9</sup> Die mit Vertretern der Entente ausgehandelte politische Verfasstheit der neuen Staaten Ostmitteleuropas sah einen Schutz von Minderheiten, aber keine Gleichberechtigung vor, da die Titularnationen wirtschaftlich, kulturell und politisch in den Mittelpunkt der jeweiligen Staaten gestellt wurden. Als Quellen werden zum einen litauische und US-amerikanische Zeitungen und zum anderen Korrespondenzen zwischen politischen Vertretern des entstehenden litauischen Staates und Journalisten und Politikern der Entente herangezogen.

## 2 Demokratiekonzepte in Litauen

Die wenigen im Besatzungsgebiet Ober Ost<sup>10</sup> zugelassenen litauischsprachigen Zeitungen diskutierten Demokratiekonzepte vor allem, um die Russische Republik unter der Provisorischen Regierung zu kritisieren, wie z.B. der Publizist und spätere Außenpolitiker Petras Klimas, der Kerenskij vorwarf, für Litauen, Lettland und die Ukraine keine konstituierende Versammlung zulassen zu wollen.<sup>11</sup> Zudem benötige Demokratie „gesellschaftliche Reife, viel Kultur, gesellschaftliche Erziehung. Ohne all diese Vorbedingungen wird die politische Freiheit des Demokratismus schnell zur Freiheit des Egoismus.“<sup>12</sup> Laut Klimas fehle den russischen Bauern diese Reife – ob die Litauer sie besaßen, ließ er offen. Solche Vorbehalte entstammten der deutlich lebendigeren Debatte über das Wesen der Demokratie, die in Polen geführt wurde.<sup>13</sup> Während jedoch in Polen, dessen Debatten über Logiken und

<sup>9</sup> Der Terminus „ethnic democracy“ in Abgrenzung zur „liberal democracy“ ist exemplarisch für den Staat Israel und die Staaten Ostmitteleuropas nach dem Ende des Kalten Krieges verwendet worden und betont den Versuch, die gegensätzlichen Prinzipien von liberaler Demokratie und Ethnonationalismus in einem System zu vereinen. YOAV PELED: *The Viability of Ethnic Democracy. Jewish Citizens in Inter-War Poland and Palestinian Citizens in Israel*, in: *Ethnic and Racial Studies* 34 (2011), 1, S. 83-102, hier S. 84; SAMMY Smooha: *The Model of Ethnic Democracy*, in: DERS., PRIIT JÄRVE (Hrsg.): *The Fate of Ethnic Democracy in Post-Communist Europe*, Budapest 2005, S. 4-59.

<sup>10</sup> Kurzbezeichnung für das Gebiet des Oberbefehlshabers der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten.

<sup>11</sup> PETRAS KLIMAS: *Tautų liuosybė ir Rusijos demokratija* [Die Freiheit der Völker und die russische Demokratie], in: *Lietuvos aidas* vom 13.09.1917.

<sup>12</sup> PETRAS KLIMAS: *Kas darosi Rusijoje?* [Was tut sich in Russland?] In: *Lietuvos aidas* vom 15.09.1917 [Übersetzung K.R.].

<sup>13</sup> Polnische Intellektuelle wie der Historiker Franciszek Bujak betonten, dass Demokratie ohne „organische Arbeit“ und vor allem ohne eine Agrarreform keine Wurzeln

Grundlagen von Staatlichkeit seit den 1880er Jahren einen entscheidenden Einfluss auf die litauische Intelligenzija hatten<sup>14</sup>, mit der Verfassung von 1791 ein positiver Bezugspunkt zur Demokratie existierte, fehlte dieser in Litauen aufgrund der bewussten historischen Abgrenzung zur Adelsrepublik völlig.

Zwar rief der Litauische Rat am 16. Februar 1918 „einen unabhängigen litauischen Staat auf demokratischer Grundlage“<sup>15</sup> aus, musste jedoch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk an der Schaffung einer litauischen Monarchie unter deutscher Vormundschaft arbeiten.<sup>16</sup> Nach der Niederlage des Deutschen Reiches sah sich der junge Staat vor dem Hintergrund einer unübersichtlichen Machtkonstellation in Ostmitteleuropa und der Fortsetzung kriegesischer Auseinandersetzungen in seiner Existenz gefährdet, gleichzeitig aber auch vom Zwang einer prodeutschen Orientierung befreit. Eine Zugangsperspektive zur Entente als Förderer der neu entstehenden Staaten bot für Aktivisten in Ostmitteleuropa das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das US-Präsident Woodrow Wilson in seiner Rede vom 16. Mai 1917 zum demokratischen Prinzip erklärt hatte und das insbesondere in den Debatten im Vorfeld der Pariser Friedensverhandlungen großen Raum einnahm.<sup>17</sup> Obwohl er betonte, dass „kein Volk unter eine Hoheitsgewalt gezwungen werden darf, unter der es nicht zu leben wünscht“, war das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ für den US-Präsidenten in der Praxis kein zentrales demokratisches Element, sondern, so die jüngere Forschung, eher eine „äußere Verpackungsschicht für den Export der Demokratie“<sup>18</sup>. Für litauische Aktivisten blieb der verheißungsvolle Begriff der Selbstbestimmung hingegen zentral – auch, da er für sie einen Gegenentwurf zu der Verwendung dieses Begriffs einerseits durch die Deutschen im Zusammenhang mit den

---

schlagen könne. ANITA KRYSZYNA SHELTON: *The Democratic Idea in Polish History and Historiography*. Franciszek Bujak, New York 1989, S. 65.

<sup>14</sup> KLAUS RICHTER: *Antisemitismus in Litauen*. Christen, Juden und die Emanzipation der Bauern, 1889-1914, Berlin 2013, S. 127, 150 f.

<sup>15</sup> Lietuvos taryba skelbia Lietuvos nepriklausomybę [Litauischer Rat verkündet die Unabhängigkeit Litauens], in: Lietuvos aidas vom 19.02.1918.

<sup>16</sup> Siehe zu der deutschen Besatzungspolitik und den damit verbundenen Konzepten einer Nachkriegsordnung in dem Litauen umfassenden Besatzungsgebiet Ober Ost u.a. KARL-HEINZ JANSSEN: *Die baltische Okkupationspolitik des Deutschen Reiches*, in: JÜRGEN VON HEHN, HANS VON RIMSCHA u.a. (Hrsg.): *Von den baltischen Provinzen zu den Baltischen Staaten*, Bd. 1, Marburg 1971, S. 217-254; VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS: *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000, insbesondere S. 54-88, 151-226; ABBA STRAZHAS: *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915-1917*, Wiesbaden 1993; SUKIENNICKI (wie Anm. 8), insbesondere S. 655-818.

<sup>17</sup> EREZ MANELA: *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

<sup>18</sup> DOV RONEN: *Democratization in the Post-Cold War Era. Democracy through Self-Determination*, in: ANDREI S. MARKOVITS, SIEGLINDE K. ROSENBERGER (Hrsg.): *Demokratie. Modus und Telos*, Wien 2001, S. 11-24, hier S. 14.

Verhandlungen von Brest-Litowsk und andererseits durch Lenin darstellte.<sup>19</sup> Die antirussische Komponente des deutschen Selbstbestimmungsbegriffs, die Wilsons 14 Punkten fehlte, behielten sie hingegen bei: Der US-Präsident hatte lediglich von den Nationen Österreich-Ungarns sowie einem polnischen Staat gesprochen, nicht aber von den „kleinen Völkern“ des Russischen Reiches.

Zwar berichtete Premierminister Augustinas Voldemaras Anfang 1919 am Rande eines Treffens mit dem dänischen Außenminister in Kopenhagen der *New York Times*, es sei „impossible to tell just now whether Lithuania would be a monarchy or a republic“<sup>20</sup>, doch diskutierten litauische Politiker intern mittlerweile ausschließlich eine republikanische Staatsform. Die diskutierten Konzepte von Demokratie ähnelten dabei stark den integrativen Vorstellungen des einflussreichen litauischen Priesters und Vordenkers Juozas Tumas-Vaižgantas, der 1900 allen Anhängern eines litauischen Nationalismus attestiert hatte, „reine Demokraten nach Herkunft und Denken zu sein“ zu sein; „gleichzeitig sind wir auch Liberale bis zu einem gewissen Grad, nur manche orientieren sich mehr zum Sozialismus, andere hingegen zum Katholizismus“.<sup>21</sup> Die Litauischen Christdemokraten (*Lietuvos krikščionių demokratų partija*, LKDP), die Tumas selbst mitgegründet hatte, läuteten 1918 „ein demokratisches Zeitalter“<sup>22</sup> ein und stellten fest, dass „Christus als erster den Samen der Demokratie“<sup>23</sup> gesät habe. Sie fügten hinzu, dass Demokratie „eine der mächtigsten und erfolgreichsten Formen“ von Gesellschaft sei; zugleich jedoch müsse Freiheit Grenzen haben, „und wenn diese überschritten werden, dann muss die Freiheit eingeschränkt werden.“<sup>24</sup>

### 3 Litauen als Bollwerk gegen den Bolschewismus

Mit der deutschen Niederlage zeichnete sich ein Wettrennen der polnischen und der Roten Armee um die ehemals besetzten Gebiete ab – die Zukunft Litauens schien, je nach Ausgang des Polnisch-Sowjetischen Krieges,

<sup>19</sup> BORIS CHERNEV: The Brest-Litovsk Moment. Self-Determination Discourse in Eastern Europe before Wilsonianism, in: *Diplomacy and Statecraft* 22 (2011), 3, S. 369-387.

<sup>20</sup> Lithuanian Premier in Copenhagen, in: *New York Times* vom 02.02.1919. Nach Abschluss des Vertrages von Brest-Litovsk sollte Herzog Wilhelm II. von Urach als König Mindaugas II. in einem von Deutschland abhängigen Litauen eingesetzt werden. SENN, *Lietuvos valstybės atkūrimas* (wie Anm. 8), S. 34.

<sup>21</sup> *Žinyčia* 1 (1900), S. 5, zit. nach VILMA ŽALTAUSKAITE: Catholicism and Nationalism in the Views of the Younger Generation of Lithuanian Clergy in the Late Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: *Lithuanian Historical Studies* 5 (2000), S. 113-130, hier S. 127.

<sup>22</sup> Vilnius, gruodžio 14 d. [Vilnius, 14. Dezember], in: *Laisvoji Lietuva* vom 14.12.1918 [Übersetzung K.R.].

<sup>23</sup> Nuo Redakcijos [Von der Redaktion], in: *Laisvoji Lietuva* vom 22.11.1918 [Übersetzung von K.R.].

<sup>24</sup> Ebenda [Übersetzung von K.R.].

entweder in Sowjetrussland oder in einem „jagiellonischen“ Polen zu liegen.<sup>25</sup> Innerhalb der litauischen politischen Elite galt das Überleben des jungen Staates keineswegs als gesichert.<sup>26</sup> Die existenzielle Gefahr, die die Truppen der Bol'sheviki bei ihrem Vormarsch für Litauen darstellten, sorgte ebenso auf Seiten der Entente für Unruhe. Bis zur Niederschlagung des Spartakusaufstandes im Januar und den ersten Siegen der polnischen Armee über die Rote Armee im Frühjahr 1919 war unklar, inwieweit sich der Bolschewismus über ganz Europa ausbreiten würde.<sup>27</sup> Die Außenpolitik Großbritanniens, Frankreichs und insbesondere der USA wurde daher zunehmend von einem Pragmatismus hinsichtlich des angestrebten Sturzes der Bol'sheviki anstelle abstrakter Konzepte wie dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bestimmt.<sup>28</sup> Da der Bolschewismus aufgrund des relativ großen bäuerlichen Landbesitzes in Litauen wenig Unterstützung genoss<sup>29</sup> – Litauen sei „gegenüber dem bolschewistischen Bazillus immun“<sup>30</sup>, erklärte der litauische Gesandte in London, Vincas Čepinskis, dem britischen Außenminister –, bot der Krieg gegen die Bol'sheviki als Kampf zwischen Demokratie und Anarchie für litauische Politiker, die nach der Niederlage der Deutschen die Entente als neuen Ansprechpartner benötigten, eine Möglichkeit, Unterstützer zu gewinnen. Das

<sup>25</sup> Zur polnischen Diskussion um die Position Litauens inner- oder außerhalb eines Nachkriegspolens siehe u.a. ANTONI CZUBIŃSKI: Walka Józefa Piłsudskiego o nowy kształt polityczny Europy Środkowo-Wschodniej w latach 1918-1921 [Der Kampf Józef Piłsudskis um eine neue politische Form Ostmitteleuropas in den Jahren 1918-1921], Toruń 2002; ANDRZEJ NOWAK: Reborn Poland or Reconstructed Empire? Questions on the Course and Results of Polish Eastern Policy (1918-1921), in: *Lithuanian Historical Studies* 13 (2008), S. 127-150.

<sup>26</sup> Dies galt neben Litauen ebenso für Estland und insbesondere Lettland, das Anfang 1919 fast vollständig unter der Herrschaft der Bol'sheviki stand. Zudem mussten sich insbesondere die litauischen und lettischen Armeen zugleich mit den Armeen der Weißen Garde und deutschen Freikorps auseinandersetzen. TOMAS BALKELIS: Turning Citizens into Soldiers. Baltic Paramilitary Movements after the Great War, in: ROBERT GERWARTH, JOHN HORNE (Hrsg.): *War in Peace. Paramilitary Violence in Europe after the Great War*, Oxford 2012, S. 126-144, hier S. 128.

<sup>27</sup> ANTHONY READ: *The World on Fire. 1919 and the Battle with Bolshevism*, London 2008, S. 25-50. Für die USA siehe die noch immer maßgebliche Studie von ROBERT K. MURRAY: *Red Scare. A Study in National Hysteria, 1919-1920*, St. Paul 1955, insbesondere S. 32-56.

<sup>28</sup> DAVID S. FOGLESONG: The United States, Self-Determination and the Struggle against Bolshevism in the Eastern Baltic Region, 1918-1920, in: *Journal of Baltic Studies* 26 (1995), 2, S. 107-144, hier S. 107-110.

<sup>29</sup> Als hoffnungsvollere Verbindung für den Export der Revolution galt den Bol'sheviki die Ukraine, deren Bauernschaft weniger wohlhabend war als die litauische und polnische. JAMES D. WHITE: National Communism and World Revolution. The Political Consequences of German Military Withdrawal from the Baltic Area in 1918-19, in: *Europe-Asia Studies* 46 (1994), 8, S. 1349-1369, hier S. 1353.

<sup>30</sup> Vincas Čepinskis an Artur Balfour, 28.04.1919, in: *Lietuvos centrinis valstybės archyvas (LCVA)* [Litauisches Zentrales Staatsarchiv], f(ondas) [Fond] 648 [Litauische Gesandtschaft in London], ap(yrašas) [Band] 1, b(yla) [Sache] 61, l(apas) [Blatt] 35.

christdemokratische Blatt *Laisvoji Lietuva* [Freies Litauen] erklärte, „Klassendiktatur [sei] ein Ausdruck des Absolutismus und nicht Geschöpf der Demokratie [...]. Im Kampf mit den verschiedenen Klassendiktaturen erlaubt die Demokratie keinen Absolutismus im Staat: weder den sozialistischen noch den monarchistischen.“<sup>31</sup>

Von der Lage Litauens an der Front, die über die Zukunft eines demokratischen oder bolschewistischen Europas entscheiden könnte, nahm die US-amerikanische Presse früh Notiz. Am 2. Januar 1919 schrieb die *New York Times*: „This war is still several thousand miles away; at present the frontiers of freedom are on the Dwina, in the Urals, in Poland and Lithuania.“<sup>32</sup> Robert J. Caldwell, Mitglied der United States Industrial and Economic Commission, der ein großes Interesse für die entstehenden Staaten in Ostmitteleuropa hegte, erklärte der Presse einen Tag vor der Abreise der Kommission nach Europa:

„Look at the changes today – autocracy swept from the face of the earth never to return and the Republican form in the ascendancy. Today we are faced with two extremes – republicanism and anarchism. I have always been a firm believer in the rule of the majority and I think that out of the chaos which now reigns in foreign lands there will come an equitable form of government.“<sup>33</sup>

Der Lithuanian National Council, Sprachrohr der mitgliederstarken litauischen Diaspora<sup>34</sup>, wurde zum wichtigsten Arm der litauischen Regierung bei der Werbung um Unterstützung in den USA. Am 14. Februar reichte er im Senat eine Petition ein, in der er die Aufstellung einer US-litauischen Armee und die *de jure*-Anerkennung Litauens forderte. Die Litauer seien „a thoroughly democratic nation“<sup>35</sup>, und in ihrem Staat seien Repräsentanten aller politischen Parteien vertreten (selbstverständlich mit Ausnahme der Bol’ševiki); es herrsche „political freedom“<sup>36</sup>. Die Bol’ševiki hingegen hegten „the sinister intention of governing that country [Litauen – K.R.] according to their pleasure“<sup>37</sup>; die Methoden der Polen dagegen seien „so crude and anti-democratic that even the illiterate peasant understands this policy to be ad-

<sup>31</sup> Nuo Redakcijos [Von der Redaktion], in: *Laisvoji Lietuva* vom 22.11.1918. [Übersetzung K.R.]

<sup>32</sup> War with the Bolsheviki, in: *New York Times* vom 02.01.1919.

<sup>33</sup> Urges New Methods to Govern Labor. R. J. Caldwell of Industrial Commission Wants Democratic Principles Applied, in: *New York Times* vom 25.01.1919.

<sup>34</sup> Über 300 000 Litauer waren zwischen 1868 und dem Ersten Weltkrieg in die USA ausgewandert. LIUDAS TRUSKA: *Emigracija iš Lietuvos 1868-1914 metais* [Emigration aus Litauen in den Jahren 1868-1914], Bd. 1, maschinenschriftl. Diss., Vilnius 1961, S. 79.

<sup>35</sup> Appeal of the Lithuanians of the United States, 14.02.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 40.

<sup>36</sup> Ebenda, l. 40 f.

<sup>37</sup> Ebenda, l. 39.



verse to his interests and aims“<sup>38</sup>. Die Petition nutzte zahlreiche Schlüsselbegriffe der US-amerikanischen Rhetorik von Demokratie und Freiheit und schloss dementsprechend mit der Feststellung, auch in Litauen sei nun die Zeit angebrochen für „die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk, wie die Amerikaner sagen“<sup>39</sup>, womit sich der Council auf Abraham Lincolns Gettysburg Address von 1863 bezog, aber hinsichtlich Litauens die Enteignung des Adels meinte.

Matt J. Vinikas, der Vorsitzende des Lithuanian National Council, betonte am 25. April 1919 die Bedeutung der amerikanischen Demokratie für die Entstehung des litauischen Staates während des Ersten Weltkriegs. Die litauischen Emigranten, die aus dem autokratischen Zarenreich in die USA gekommen waren, hätten bei ihrer Rückkehr „the corroborative evidence of the actual existence of the Liberty, Justice and Equality of all in this country“<sup>40</sup> zurück nach Litauen gebracht. Bei Ausbruch des Krieges seien die Litauer daher bereits „fully enlightened and prepared as to whom they would side with“ gewesen, so dass „even the Germans had to give in and recognize her independence“.<sup>41</sup> Für die Litauer aber setze sich der Kampf fort:

„The Lithuanians are still fighting and struggling but this time they are fighting not only their own national battle but a battle of humanity and civilization as well as a battle against barbarity and destruction [...]. They are now the only bulwark between the western civilization and eastern Bolshevism.“<sup>42</sup>

Eine *de jure*-Anerkennung Litauens ließ sich jedoch nicht mit der „Ein-Russland-Politik“ in Einklang bringen, die die Klärung jeglicher territorialer Fragen, die nicht bereits von der Kerenskij-Regierung entschieden worden waren, auf die Zeit nach der erhofften Niederlage der Bol'seviki verschob.<sup>43</sup> Entsprechend unterstützten die USA sogar die territoriale Integrität Sowjet-

<sup>38</sup> Ebenda, I. 47.

<sup>39</sup> Ebenda, I. 48.

<sup>40</sup> M.J. VINIKAS: The principal speech, 25.04.1919, in: LCVA, f. 656, ap. 1, b. 86, I. 2.

<sup>41</sup> Ebenda, I. 3.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Der amerikanische Außenminister Bainbridge Colby begründete die Ablehnung einer *de jure*-Anerkennung der baltischen Staaten dem italienischen Botschafter Camillo Avezzana gegenüber am 10.08.1920 wie folgt: „By this feeling of friendship and honorable obligation to the great nation whose brave and heroic self-sacrifice contributed so much to the successful termination of the war, the Government of the United States was guided in its reply to the Lithuanian National Council, on October 15, 1914 and in its persistent refusal to recognize the Baltic States as separate nations independent of Russia. The same spirit was manifested in the note of this Government, of March 24, 1920, in which it was stated, with reference to certain proposed settlements in the Near East, that „no final decision should or can be made without the consent of Russia“.“ Bainbridge Colby an Camillo Romano Avezzana, 10.08.1920, URL: <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/coldwar/documents/episode-1/colby.htm> (03.10.2012).

russlands, freilich ohne die Bol'sheviki diplomatisch anzuerkennen.<sup>44</sup> Darauf Bezug nehmend veröffentlichten drei US-amerikanische Politiker (darunter der ehemalige Finanzminister William McAdoo) über das Lithuanian Information Bureau in Washington eine Streitschrift für die Anerkennung Litauens, in der sie betonten, dass die derzeitige Politik der USA nicht dem unterdrückten russischen Volk helfe, sondern vielmehr den Bol'sheviki in dem Bestreben, Litauen wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Die US-Außenpolitik solle vielmehr alle Gruppen unterstützen, die sich einer sowjetischen Herrschaft entgegenstellen: „Lithuania has taken an important step in this direction, and should be given every encouragement to maintain her existing democratic form of government, rather than relegated to her former condition as part of Russia, with consequent oppression from the only ruling power in Russia today.“<sup>45</sup>

#### 4 „Giving a square deal to everybody“ – Minderheitenschutz und Selbstbestimmungsrecht in der litauischen Lobbyarbeit

Freilich bestand die Konstruktion eines „Bollwerks gegen den Bolschewismus“ nicht allein aus Litauen. Im Ausland galt der junge Staat als instabil, teils gar als künstlich. Die Republik wurde als Überbleibsel der deutschen Ordnung von Brest-Litovsk und seine Trägerschicht als politisch unreif angesehen.<sup>46</sup> Wirksamkeit im Kampf gegen den Bolschewismus wurde zunächst einzig den Armeen der Weißen Garde, den deutschen Freikorps und später der polnischen Armee zugetraut.<sup>47</sup> Durch den Ausbruch des Polnisch-Sowjetischen Krieges geriet Litauen zwischen drei Mühlsteine: Sowjetrussland strebte einen Export der Revolution über Litauen nach Ostpreußen an, Polen sucht seine Grenzen nach Osten abzustecken, und die deutschen Truppen, die zur Verteidigung der Region vor dem Bolschewismus zurückblieben, verfolgten in Verbindung mit der Weißen Armee unter Pavel Bermond-Avalov eine undurchsichtige Strategie. In dieser Lage suchte der junge Staat bei denjenigen Gruppen nach Verbündeten, die sich ebenfalls zwischen diesen Mühl-

<sup>44</sup> Bezüglich der US-Politik gegenüber den Weißen Truppen und den Bol'sheviki siehe u.a. LEO BACINO: *Reconstructing Russia. U.S. Policy in Revolutionary Russia, 1917-1922*, Kent 1999, insbesondere S. 128-162; KATHERINE A. S. SIBLEY: *Loans and Legitimacy. The Evolution of Soviet-American Relations, 1919-1933*. Lexington 1996, S. 89.

<sup>45</sup> William G. McAdoo, Herbert Adams, Walter M. Chandler: *Lithuanian Recognition*, Washington 1921, S. 3.

<sup>46</sup> KRZYSZTOF BUCHOWSKI: *Litwomany i polonizatorzy. Mity, wzajemne postrzeganie i stereotypy w stosunkach polsko-litewskich w pierwszej połowie XX wieku* [Litwomannen und Polonisatoren. Mythen, gegenseitige Wahrnehmung und Stereotype in den polnisch-litauischen Beziehungen], Białystok 2006, S. 137 ff.

<sup>47</sup> MARGARET MACMILLAN: *Peacemakers. Six Months that Changed the World*, London 2001, S. 225.

steinen befanden, vor allem den Juden und Weißrussen, die man berechtigterweise ebenfalls in Opposition zu den Bol'sheviki, vor allem aber den Polen wählte.

Da die polnische Armee hinsichtlich der polnischen Ostgrenzen mit ihrem Vormarsch vollendete Tatsachen schaffen wollte, wurde die Legitimationsstrategie eines unabhängigen Litauens als Hort der Demokratie ergänzt durch das Konzept Litauens als Musterstaat bezüglich des Minderheitenschutzes. Dieser hatte während der Friedensverhandlungen in Paris, oftmals eher wegen der politischen Stabilität als aus humanitären Gründen, rasch an Bedeutung gewonnen.<sup>48</sup> Dies geschah in scharfer Abgrenzung zu Polen, dessen Vordringen in ethnisch nicht-polnische Gebiete vor dem Hintergrund antijüdischer Pogrome in Lemberg, Pińsk und Vilnius international zunehmend als chauvinistisch wahrgenommen wurde.<sup>49</sup> Anlässlich der Aufnahme von drei Juden in die *Taryba* am 14. Dezember 1918 erklärte Antanas Smetona, erster Präsident der litauischen Republik, der junge, multiethnische Staat könne in der unübersichtlichen Lage in Osteuropa nach der deutschen Niederlage nicht auf eine Einbeziehung der anderen hier lebenden Ethnien verzichten. Zudem hofften, so Smetona, „die jüdischen Vertreter, dass ihnen hier nicht so etwas widerfährt wie in Polen, Lemberg oder woanders, und sie werden nicht enttäuscht werden, sondern wir werden in gemeinsamer Arbeit das Ziel erreichen, auf das wir zumarschieren – ein freies unabhängiges Litauen.“<sup>50</sup> Einer der jüdischen Abgeordneten entgegnete: „Wir sind mit den besten Wünschen für das litauische Volk und unser Vaterland gekommen. Wir werden gleiche Rechte und Demokratie fordern.“<sup>51</sup> In der Folge wurde darauf geachtet, dass Regierungserklärungen in den Sprachen der vier zahlenstärksten Ethnien erschienen – Litauisch, Weißrussisch, Jiddisch und Polnisch.<sup>52</sup> Am 28. Januar 1919 bekräftigten jüdische und deutsche Vertreter im Litauischen Rat ihre Hoffnung, dass der litauische Staat „auf demokratischer Grundlage errichtet wird“.<sup>53</sup>

<sup>48</sup> Zur Institutionalisierung des Minderheitenschutzes während der Pariser Friedenskonferenzen in einem größeren chronologischen Kontext siehe CAROLE FINK: *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews and International Minority Protection, 1878-1938*, New York 2004.

<sup>49</sup> PATRICK B. FINNEY: „An Evil for All Concerned“. Great Britain and Minority Protection after 1919, in: *Journal of Contemporary History* 30 (1995), 3, S. 533-551, hier S. 535.

<sup>50</sup> Žydų priėmimas į Valstybės Tarybą [Aufnahme von Juden in den Staatsrat], in: *Laisvoji Lietuva* vom 14.12.1918, S. 122 [Übersetzung K.R.].

<sup>51</sup> Ebenda [Übersetzung K.R.].

<sup>52</sup> Siehe z.B. die Regierungszeitung Lietuvos *laikinosios valstybės žinios* [Nachrichten des provisorischen litauischen Staates], die zunächst in vier Sprachen herausgegeben wurde.

<sup>53</sup> Lietuvos konferencija [Litauische Konferenz], in: *Laisvoji Lietuva* vom 16.01.1919, S. 2 [Übersetzung K.R.].

Entsprechend betonte der Lithuanian National Council in seiner Petition an den US-amerikanischen Kongress, die Republik Litauen sei der Garant dafür, dass „the local inhabitants are left unmolested in setting their house in order and accorded every opportunity to take the Government of the country in their hands“<sup>54</sup> – im Gegensatz zur polnischen Nationaldemokratie, die ein Feind des Selbstbestimmungsrechts der Völker sei.<sup>55</sup> Dass ihre Gründung auch dem Wunsch der nicht-litauischsprachigen Gruppen entspreche, zeige die Tatsache, dass auch Weißrussen und Juden im Litauischen Rat sowie in der gerade erst ausgehobenen litauischen Armee vertreten seien.

In der Folge steckten litauische Politiker vor dem Hintergrund ihrer schwachen Position auf den Pariser Friedensverhandlungen viel Energie in die Lobbyarbeit für einen litauischen Staat. Im Gegensatz zu Polen, das als gleichberechtigter Partner in Paris vertreten war, waren Litauen, Lettland und Estland aufgrund des Bestrebens der westlichen Entente, die antibolschewistischen Kräfte im Russischen Bürgerkrieg zu unterstützen und die territoriale Integrität Russlands zu bewahren, zwar mit einer Delegation anwesend, nicht aber zu den Verhandlungen selbst zugelassen.<sup>56</sup> Das litauische Ministerkabinett wies daher die Delegation unter Leitung von Voldemaras an, „unnachgiebig die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens zu fordern“.<sup>57</sup> Voldemaras betonte in einem Informationsschreiben des in Paris eingerichteten Bureau d'Informations près la Délégation de Lituanie à la Conférence de la Paix, dass die litauischen Juden die Unabhängigkeitsbestrebungen Litauens unterstützen würden.<sup>58</sup> Trotz der Spannungen zwischen Voldemaras und den amerikanischen Litauern<sup>59</sup>, deren Vermittlung entscheidend dafür war, dass die litauische Delegation in Paris überhaupt wahrgenommen wurde, schaffte es der Außenminister, mit einflussreichen Personen in Kontakt zu treten – so

<sup>54</sup> Appeal of the Lithuanians of the United States, 14.02.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 39 f.

<sup>55</sup> Obwohl mit Józef Piłsudski ein dezidiert Gegner der Nationaldemokratie die polnische Armee im Osten gegen die Bol'seviki führte, wurde der polnische Staat bei den Pariser Friedensverhandlungen durch den einflussreichen und im Ausland bekannten Protagonisten der Nationaldemokratie, Roman Dmowski, repräsentiert.

<sup>56</sup> Zum polnisch-litauischen Konflikt in den Friedensverhandlungen sowie zur Zusammensetzung der litauischen Delegation siehe u.a. ALFRED ERICH SENN: *The Great Powers and the Vilna Question, 1920-1928*, Leiden 1966, S. 14 f.; ALFONSAS EIDINTAS, VYTAUTAS ŽALYS, EDVARDAS TUSKENIS: *Lithuania in European Politics. The Years of the First Republic, 1918-1940*, New York 1999, S. 59-86; GAIGALAITĖ (wie Anm. 3).

<sup>57</sup> Bezüglich des Staatsterritoriums legte das Kabinett für die Delegation fest: „Die Staatsgrenzen Litauens müssen nach dem ethnischen Prinzip festgelegt werden und mit den notwendigen wirtschaftlichen Korrekturen, mit einem Meereszugang über Liepaja und Klaipeda [...] und der Hauptstadt Vilnius.“ Instrukcijos Lietuvos delegacijai Tarkos konferencijoje [Instruktionen für die litauische Delegation auf der Friedenskonferenz], 13.02.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 32 [Übersetzung K.R.].

<sup>58</sup> Augustinas Voldemaras: *Revendications Lituanienes*, 24.03.1919, ebenda, l. 74.

<sup>59</sup> ALFRED ERICH SENN: *From a Lithuanian Archive. Correspondence and Conversations. A Conversation with Julius Bielskis*, in: *Lituanus* 21 (1975), 3, S. 37-44, hier S. 41.

zum Beispiel mit dem Paris-Korrespondenten der *New York Times*, Richard Oulahan, dem gegenüber er betonte, dass der 14-Punkte-Plan Wilsons „did more to keep the hope of ultimate independence alive in the heart of every Lithuanian than any other visible force [...]”; now the Lithuanians have placed their entire hopes for freedom and independence in the United States and President Wilson.“<sup>60</sup> Er schlug vor, dass „any part of the Lithuanian territory which in dispute might become a cause of war“<sup>61</sup> bis zu einem Plebiszit unter Völkerbundsverwaltung gestellt werden solle<sup>62</sup>. Falle hingegen Litauen an Polen, so werde ein neues Österreich-Ungarn geschaffen.<sup>63</sup> Oulahan sprach sich zwar nie direkt für die Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit aus, wies jedoch während der Friedensverhandlungen mehrfach auf die schwierige Lage im Baltikum hin.<sup>64</sup>

Der wertvollste Kontakt für Voldemaras wurde jedoch der bereits erwähnte Caldwell, der in der ersten Hälfte des Jahres 1919 Berichte über die wirtschaftliche Situation in Europa erstellte. Am 5. Mai warnte Caldwell Voldemaras, der US-amerikanische Außenminister Robert Lansing bemängelte, es sei „so much misinformation afloat“<sup>65</sup>, und wies auf Möglichkeiten hin, den litauischen Fall innerhalb der politischen Elite der USA bekannter zu machen.<sup>66</sup> Entscheidend, so Caldwell, sei aber folgendes:

<sup>60</sup> Augustinas Voldemaras: Lithuania's situation present and future, 24.02.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 64.

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Der tatsächlichen Überzeugung von Voldemaras entspricht jedoch wohl eher seine berühmte Bemerkung zur Volksabstimmung in Vilnius: „Eine Nation setzt sich mehr aus den Toten zusammen als aus den Lebenden.“ Zit. nach TIMOTHY SNYDER: *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999*, New Haven 2003, S. 63.

<sup>63</sup> Augustinas Voldemaras: Lithuania's situation present and future, 24.02.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 65.

<sup>64</sup> Im Mai 1919 berichtete er z.B. über die katastrophale Ernährungslage in Litauen und Estland. RICHARD OULAHAN: *Finns Ask Leave to Take Petrograd. Offer to Attempt the Task if Allies Will Feed the Conquered Districts*, in: *New York Times* vom 18.05.1919.

<sup>65</sup> Robert J. Caldwell an Augustinas Voldemaras, 05.05.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 175.

<sup>66</sup> Zum einen riet Caldwell Voldemaras, sich der Friedenskonferenz gegenüber kooperativ zu zeigen und sich um eine Audienz bei US-Präsident Woodrow Wilson zu bemühen, welche allen anderen kleinen Nationen bereits gewährt worden sei. Zum anderen müsse er Frieden mit dem einflussreichen litauischen Aktivisten Juozas Gabrys schließen. Zwischen Gabrys, der in der Schweiz die Union des Nationalités gegründet hatte und während des Ersten Weltkrieges aktiv ein unabhängiges Litauen propagierte, und der neuen litauischen Regierung kam es wiederholt zu Konflikten, die ihren Höhepunkt in einem gescheiterten Putschversuch durch Gabrys fanden. Erinnerungen der Delegationsteilnehmer lassen jedoch vermuten, dass es sich bei dem Konflikt eher um Probleme zwischen Gabrys und dem auch seitens der US-amerikanischen Litauer als problematisch erachteten Voldemaras handelte. EBERHARD DEMM: *Nationalistische Propaganda und Protodiplomatie als ethnisches Geschäft. Juozas Gabrys, die „Union*

„It occurs to me that you ought to make it plain to the French, American and British authorities that you are operating under a coalition government, to show that you are giving a square deal to everybody; and to make it clear to the American and British governments anyway that you are giving a square deal to the Jews, for this is a question that ranks highly in both these countries.“<sup>67</sup>

Zwei Tage später schrieb Caldwell dem Präsidenten der National City Bank of New York, Frank A. Vanderlip, der ebenfalls bei den Friedensverhandlungen in Paris als Berater anwesend war, die Litauer hätten „a perfectly clear record of allegiance to the Allies in fighting the Bolsheviki and in adhering to the will of the Peace Conferences in not opposing with arms the Polish invasion, but it cannot be expected of human nature that any nation will stand idly by indefinitely and see its territory invaded by a hostile foe.“<sup>68</sup> In einem ähnlichen Schreiben an den Philosophen Sidney Edward Mezes, Mitglied der American Commission to Negotiate Peace, schrieb Caldwell, Polen nutze die an sie zum Zwecke der Verteidigung gegen die Bol'sheviki gelieferten Waffen, um das Territorium seiner Nachbarn zu besetzen: „Such base and infamous ingratitude has never been exhibited since the Turks came out of Asia and the Tartar invasion.“<sup>69</sup> Litauen hingegen sei „by her course in support of the Allies and by the right of self determination [...] entitled to recognition of their de-facto Government.“<sup>70</sup>

#### 4.1 Eine Republik in der Republik – Weißrussen in Litauen

Noch vor dem Rückzug der deutschen Truppen aus Minsk hatte die Regierung der nur durch die Mittelmächte anerkannten Weißrussischen Volksrepublik<sup>71</sup> ihren Sitz nach Grodno verlegt. Grodnos staatliche Zugehörigkeit

---

des Nationalités“ und die Befreiung Litauens (1911-1919), Frankfurt a.M. 2001; SENN, *The Great Powers* (wie Anm. 56).

<sup>67</sup> Robert J. Caldwell an Augustinas Voldemaras, 05.05.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 177.

<sup>68</sup> Robert J. Caldwell an Frank A. Vanderlip, 07.05.1919, ebenda, l. 190.

<sup>69</sup> Polish Aggression in Lithuania. Memorandum by R. J. Caldwell, 08.05.1919, in: Yale University Library, Sidney Edward Mezes Papers, MS 657, Box 2, Folder 5.

<sup>70</sup> Ebenda.

<sup>71</sup> Die Weißrussische Volksrepublik war in Folge der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk entstanden und hatte am 25.03.1918 ihre Unabhängigkeit erklärt. Zum Verhältnis der Volksrepublik zu Litauen siehe u.a. EDMUNDAS GIMŽAUSKAS: 1920 m. lapkričio 11 d. Lietuvos Respublikos ir Gudijos Liaudies Respublikos sutarties aspektai [Aspekte des Vertrages der Litauischen Republik und der Weißrussischen Volksrepublik vom 11. November 1920], in: Lietuvos istorijos metraštis (2000), S. 216-256; DERS.: Baltarusių veiksnys formuojantis Lietuvos valstybei 1915-1923 m. [Der weißrussische Faktor bei der Entstehung des litauischen Staates in den Jahren 1915-1923] Vilnius 2003; DERS.: The Rada of Vilnius. Belarusians and the Council of Lithuania. Allies or Adversaries?, in: Lithuanian Historical Studies 13 (2008), S. 119-

war ungeklärt, weshalb die Stadt und ihr Umland im Einverständnis mit der provisorischen litauischen Regierung zunächst zu einer autonomen Region der Republik Litauen erklärt wurden.<sup>72</sup> Hatte die Regierung der Volksrepublik unter ihrem Ministerpräsidenten Anton Luckevič bis dahin im Ausland mal für einen ethnischen weißrussischen Staat<sup>73</sup>, mal für einen Staat in den Grenzen des Großfürstentums Litauen geworben<sup>74</sup>, konzentrierte sie sich nach der Niederlage Deutschlands auf das letztere Modell, das in erster Linie Litauer, Weißrussen und Juden vereinen sollte.<sup>75</sup> Einerseits widersprach dies dem ethnographischen Modell, das sich unter der litauischen politischen Elite bereits durchgesetzt hatte<sup>76</sup>, andererseits konnte es sich diese Elite nicht leisten, Verbündete vor den Kopf zu stoßen. Während in Kaunas für den Nationalstaat votiert wurde, beschworen Weißrussen die litauisch-weißrussische Ein-

---

126; OLEG ŁATYSZONEK: Białoruskie formacje wojskowe 1917-1923 [Weißrussische Militärformationen 1917-1923], Białystok 1995; DOROTA MICHALUK: Baltarusijos Liaudies Respublikos sienų koncepcijos formavimasis 1917-1918 metais [Die Entstehung des Grenzkonzeptes der Weißrussischen Volksrepublik in den Jahren 1917-1918], in: Lietuvos istorijos metraštis 1 (2005), S. 83-120.

<sup>72</sup> Hier wurde zu derselben Zeit auch das litauische Ministerium für weißrussische Angelegenheiten eingerichtet. Praekt pagadnen'nja pamiž Goradzenskaj Gubernskaj Belaruskaj Upravaj i Ūradam Litoŭskaj Rėspubliki za 2.12.1918 u sprave palityčnaga statusu Goradzenskaj guberni [Projekt einer Übereinkunft zwischen der weißrussischen Verwaltung des Gouvernements Grodno und der Regierung der Republik Litauen vom 2.12.1918 hinsichtlich des politischen Status des Gouvernements Grodno], in: LCVA, f. 582, ap. 2, b. 26, l. 43 f.

<sup>73</sup> Am 22.10.1918 betonte z.B. der Rat der Volksrepublik in einer Note an Präsident Wilson seine demokratische Verfasstheit. Obraščenie k prezidentu severo-amerikanskich soedinennyh štatov [Appell an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika], ebenda, b. 9, l. 18.

<sup>74</sup> So gefordert z.B. von der Rada im Februar 1918. WIKTOR SUKIENICKI: East Central Europe during World War I, Boulder 1984, S. 773.

<sup>75</sup> Für einen Überblick über die Verflechtung litauischer, weißrussischer und polnischer Nationsvorstellungen siehe SNYDER (wie Anm. 62), S. 52-65.

<sup>76</sup> Dieses Modell beinhaltete zwar in den meisten Fällen auch die Region um Grodno (die Teil des Besatzungsgebiets Ober Ost gewesen war), aber nicht als autonome Region, sondern als integralen Bestandteil eines ethnischen Litauens, obwohl in der Region kaum Litauer lebten. Siehe z.B. die von Voldemaras verfassten und durch das Bureau d'Informations près la Délégation de Lituanie à la Conférence de la Paix verbreiteten Memoranden zu den litauischen territorialen Forderungen: Augustinas Voldemaras: Revendications Lituaniennes, 24.03.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 57, l. 74-79; ders.: Des Frontières Lituano-Allemandes et Lituano-Polonaies, 17.04.1919, ebenda, l. 139 ff.

heit<sup>77</sup>, und in Grodno entwickelte sich eine genuin litauisch-weißrussische Zusammenarbeit.<sup>78</sup>

Am 15. April 1919 jedoch, nach dem endgültigen Abzug der deutschen Truppen aus dem Westen Weißrusslands, begannen polnische Truppen mit Billigung der Entente ihren Vormarsch auf Grodno und nahmen die Stadt ohne nennenswerten Widerstand ein.<sup>79</sup> Laut Angehörigen des litauisch-weißrussischen Regiments sei es dort zuvor unter allen nicht-polnischen Gruppen, insbesondere den Juden, die das litauisch-weißrussische Regiment als einzigen Garanten ihrer körperlichen Unversehrtheit betrachteten, zu Panik gekommen. Nach der Einnahme der Stadt hätten zudem polnische Soldaten die weißrussischen Regimentsangehörigen misshandelt.<sup>80</sup>

<sup>77</sup> In einem Grußwort an die Offiziere des Regiments schrieb der litauische Minister für weißrussische Angelegenheiten, Jazep Varonka (Juožas Voronko): „Es lebe unser ewiger Verbündeter – der litauische Ritter. Es lebe Litauen.“ Kamandujučamu Belaruskim Batal'enam [An den Kommandeur des Weißrussischen Bataillons], in: LCVA, f. 395, ap. 1, b. 16, l. 2. [Übersetzung K.R.].

<sup>78</sup> Oberst Uspenskij, Offizier im 1. Weißrussischen Regiment, das der Litauischen Armeeführung unterstellt wurde, berichtete: „Der oberste Bevollmächtigte führte eine erste Besichtigung [...] durch. Für seine Ankunft waren die Kasernen mit litauischen und belarussischen Nationalfahnen geschmückt worden [...]. Das gesamte Regiment wurde in einem Raum versammelt, in dem Hr. Žilinskas [Aleksandras Žilinskas, litauischer Sonderbeauftragter für Grodno, später stellv. Innenminister – K.R.] sich mit einer leidenschaftlichen Rede an die Offiziere und Soldaten wandte, sie an die schwierige Lage erinnerte und alle Soldaten einlud, in gemeinsamer Arbeit Litauen und Belarus von den Feinden zu befreien. Lange schallte ein ‚Hurra‘ zu Ehren Litauens und Belarus [...]. Abends gab es zu Ehren des Gastes einen Ball im Saal des Hotels ‚Rojal‘. In leidenschaftlichen Reden wurde viel über den Zusammenschluss von Litauen und Belarus gesprochen. Nach diesem Besuch stärkten sich die Einigkeitsbestrebungen [...] noch mehr, was auch nötig war, denn es drohte Gefahr aus dem Westen – die Polen – und aus dem Osten – die Bol'seviki, die Litauen und die Region Grodno immer weiter einkreisten.“ ALEKSANDR AREF'EVICH USPENSKIJ [Aleksandras Uspenskis]: I-as gudų pulkas Gardine ir kaip jis tapo lenkų nuginkluotas, 1918.XI.I.-1919.VIII.17 [Das 1. Weißrussische Regiment in Grodno und wie es von den Polen entwaffnet wurde, 01.11.1918-17.08.1919], in: Karo archyvas 1 (1925), S. 161-176 [Übersetzung K.R.].

<sup>79</sup> ŁATYSZONEK (wie Anm. 69), S. 95 f.

<sup>80</sup> Uspenskij berichtete: „Vertreter der weißrussischen und jüdischen Einrichtungen begannen mich und den Regimentsstab ununterbrochen zu besuchen und baten, dass das Regiment Grodno und seine Bewohner nicht dem Willen der einmarschierenden Polen überlassen möge. Alle sprachen davon, dass das weißrussische Regiment der einzige Verteidiger der weißrussischen und jüdischen Einwohner vor der Gewalt der Polen sei, wie auch bisher vor den Bol'seviki [...]. Erst am zweiten Tag [nach der Besetzung der Stadt – K.R.] konnte man mit Erlaubnis des Festungsstabes den Regimentsstab betreten und verlassen. Die litauischen und weißrussischen Fahnen und Schilder mit litauischen Symbolen wurden abgerissen. Die polnischen Gendarmen zogen sie mit Absicht durch die staubigen Straßen; an ihrer Stelle wurden überall polnische Symbole und Fahnen hochgezogen. Pferde, Karren, Ausrüstungen und andere Besitztümer des Regiments wurden weggenommen; bewaffnete polnische Soldaten



Außenminister Jurgis Šaulys schrieb seinem britischen Amtskollegen Arthur Balfour im Januar 1919, „die gesamte weißrussische Bevölkerung des Gouvernements Grodno hat sich endgültig entschieden, ein Teil Litauens zu werden“.<sup>81</sup> Der litauische Gesandte in London, Vincas Čepinskis, versicherte gegenüber Balfour, der jüdischen und weißrussischen Bevölkerung Grodnos würde in einem litauischen Staat „full national and administrative autonomy“<sup>82</sup> gesichert werden. Im Laufe des Jahres 1919 informierten die litauischen Gesandtschaften die Vertreter der Entente regelmäßig über angebliche und tatsächliche Ausschreitungen der polnischen Armee und Polizei gegenüber der weißrussischen Bevölkerung<sup>83</sup> sowie über die repressive polnische Politik in den multiethnischen Gebieten<sup>84</sup> und priesen den litauischen Staat als Beschützer der Minderheiten an.

Diese Lobbyarbeit, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker als staatlich-demokratisches Prinzip in den Mittelpunkt rückte, war aus zwei Gründen wenig effektiv. Zum einen stand im Moment der Einnahme Grodnos durch die polnische Armee der Minderheitenschutz noch nicht an der Spitze der Agenda der Entente. Zum anderen war die Vorstellung, dass Weißrussland ein von Russland zu unterscheidendes Land mit eigenen Spezifika sei, im Westen weitgehend unbekannt.<sup>85</sup> Frustriert stellte Jazep Varonka, Minister für weißrussische Angelegenheiten im litauischen Kabinett, in einem Schreiben an den litauischen Ministerpräsidenten Mykolas Sleževičius fest, das weiß-

---

zogen und rissen bereits entwaffnete weißrussische Soldaten vor den Augen der Öffentlichkeit mit Gewalt durch die Straßen.“ USPENSKIJ (wie Anm. 78), S. 167-172 [Übersetzung K.R.].

<sup>81</sup> Jurgis Šaulys an Arthur Balfour, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 61, l. 4 f. [Übersetzung K.R.]. Über die litauische Vertretung in London ging bei Balfour eine Protestnote des Präsidenten des Grodnoer Regierungsrates, V. Boeff, ein, in der dieser feststellte: „les Bélos-Russes, pendant leur diète gouvernementale qui avait lieu à Grodno le 1<sup>er</sup> et 2 décembre 1918 au sujet des prétentions polonaises ont décidé que le territoire de Grodno devait être uni à la Lituanie“. V. Boeff an Arthur Balfour, 31.01.1919, ebenda, l. 14.

<sup>82</sup> Vincas Čepinskis an Arthur Balfour, 28.04.1919, ebenda, l. 33 f.

<sup>83</sup> Im Sommer 1919 berichtete eine Delegation der Kommunen von Vilnius und Grodno, die weißrussische Bevölkerung „kann weder ihre Wünsche noch ihre Beschwerden denen gegenüber, die sie bis zu diesem Moment noch foltern, frei zum Ausdruck bringen“. Memorandum of the Delegates from the Communes of the District of Grodno, ebenda, l. 54.

<sup>84</sup> Kazys Bizauskas, litauischer Sondergesandter in London, schrieb Balfour, „die Polen haben schwere Rache an den Weißrussen geübt [...]. Weißrussische Zeitungen wurden unterdrückt [...]. Nationale Einrichtungen und Schulen in der ganzen Provinz Grodno wurden geschlossen.“ Kazys Bizauskas an Arthur Balfour, 15.8.1919, ebenda, l. 44.

<sup>85</sup> Die *New York Times* beispielsweise beschrieb Weißrussland hilflos als ein Land von „unbestimmter Größe“, welches „Litauen einschließt, wo der größere Teil der Bevölkerung weißrussischer Nationalität lebt“. *Germans Continue Advance Into Russia. White Russian Republic May Unite with Lithuania under German Protectorate* (1918), in: *New York Times* vom 25.05.1918.

russische Volk habe, „aufgrund seiner materiellen Lage keine Fürsprecher in solch wichtigen Punkten der Welt“<sup>86</sup> wie New York, London und Paris, wo seit dem 19. April 1919 vor allem die Frage einer anderen Minderheit in den polnisch besetzten Gebieten in Osteuropa besprochen wurde – die der Juden.

#### 4.2 „Alte Bewohner unseres Landes“ – Jüdische Autonomie in Litauen

Die gewalttätigen Ausschreitungen polnischer Soldaten gegen Juden brachten den Minderheitenschutz als notwendiges demokratisches Prinzip in den ethnisch heterogenen Nationalstaaten Osteuropas Anfang Mai 1919 überhaupt erst auf die Agenda der Entente bei der Friedenskonferenz.<sup>87</sup> Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde auf Druck der Entente auch der polnische Minderheitenschutzvertrag unterzeichnet. Bereits vom 21. bis 23. November 1918 kam es zu schweren antijüdischen Ausschreitungen polnischer Soldaten in Lemberg<sup>88</sup>, aber insbesondere das Pińsk-Massaker vom 5. April 1919<sup>89</sup> wurde international mit großem Entsetzen wahrgenommen. Es setzte die polnische Regierung massiver Kritik aus und brachte das Thema der Pogrome weltweit in die Presse.<sup>90</sup>

Als es nach der Einnahme von Vilnius am 19. April in der zuvor durch Bol'seviki besetzten Stadt zu einem weiteren Pogrom polnischer Soldaten kam, sah die litauischsprachige Zeitung *Nepriklausomoji Lietuva* [Unabhängiges Litauen] darin eine Antithese zu einem multiethnischen litauischen Staatsentwurf und kritisierte, dass „litauische Bürger [...], nur weil sie mosaikischen Glaubens sind“, durch polnische Soldaten getötet würden, während es im historischen Litauen „niemals Judenmassaker gegeben“ habe, obwohl „unser Volk während der Revolution von 1905 nicht weniger gegen die Juden aufgestachelt wurde als andere Völker“<sup>91</sup>. Im Gegensatz zu Polen verstehe sich die Republik Litauen nicht als ethnisch definierter Nationalstaat:

<sup>86</sup> JAZEP VARONKA [Juozapas Voronko]: Protestnote des Ministers für Weißrussische Angelegenheiten bei der Litauischen Regierung, 17.08.1919, in: LCVA, f. 395, ap. 1, b. 16, l. 8-13.

<sup>87</sup> ZARA STEINER: *The Lights that Failed. European International History, 1919-1933*, New York 2005, S. 85.

<sup>88</sup> Siehe dazu u.a. WILLIAM W. HAGEN: *The Moral Economy of Popular Violence. The Pogrom in Lwów, November 1918*, in: ROBERT BLOBAUM (Hrsg.): *Antisemitism and Its Opponents in Modern Poland*, Ithaca 2005, S. 124-147; EVA REDER: *Pogrome in Lemberg (1918 und 1941)*, in: WOLFGANG BENZ (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus*. Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin 2011, S. 284-287.

<sup>89</sup> Siehe dazu u.a. JÓZEF LEWANDOWSKI: *History and Myth. Pinsk, April 1919*, in: Polin. *A Journal of Polish-Jewish Studies* 2 (1987), S. 50-72.

<sup>90</sup> NEAL PEASE: „This Troublesome Question“. *The United States and the „Polish Pogroms“ of 1918-1919*, in: M.B.B. BISKUPSKI (Hrsg.): *Ideology, Politics and Diplomacy in East Central Europe*, Rochester 2003, S. 58-79, hier S. 65.

<sup>91</sup> STASYS MATIJOŠAITIS-ESMAITIS: *Žydų klausimu* [Zur Judenfrage], in: *Nepriklausomoji Lietuva* vom 27.04.1919, S. 1 [Übersetzung K.R.]. Zum teilweise auch konfliktvollen

„Juden leben in Litauen schon sehr lange und niemand hat heute das Recht, sie Einwanderer oder Ausländer zu nennen. Sie sind alte Bewohner unseres Landes [...]. Wir Litauer, die seit Ewigkeiten in Eintracht mit den Juden leben, können nicht in Ruhe zusehen, wie die neuen Besatzer [...] litauische Bürger quälen und umbringen [...]. Die Neuankömmlinge sollen nur warten, bis sich Vilnius und damit auch ganz Litauen daran erinnert, dass nicht nur die Litauischsprachigen sich zu den Litauern zählen, sondern auch die Mehrzahl der Polnisch, Jiddisch und Weißrussisch sprechenden litauischen Bürger sich Litauer nennen.“<sup>92</sup>

Die litauische Gesandtschaft in London sammelte daraufhin Augenzeugenberichte zu dem Pogrom, die, wie der stellvertretende litauische Wirtschaftsministers Nachman Rachmilewicz, betonten, dass „die anderen [nicht-polnischen – K.R.] Nationalitäten unschuldig am Blute der Juden“<sup>93</sup> seien. Der Lithuanian National Council reichte am 7. Juni 1919 eine Petition beim US-Senat ein, die darauf hinwies, dass „Jewish population of Lithuania has been wantonly massacred“, und dass das polnische Vorgehen gegen Vilnius „a great danger of the entire Lithuanian line collapsing against the Bolsheviki“<sup>94</sup> mit sich bringe. Ein Treffen von Vertretern der US-Litauer und US-Ukrainer in der Carnegie Hall in New York am 25. Juni 1919 mündete in einer gemeinsamen solidarischen Erklärung zugunsten der litauischen Juden und gegen Polen. Jede Erwähnung des Wortes „Polen“ wurde von einem Pfeifkonzert begleitet, als die Sprecher erklärten:

„That we disavow emphatically all sympathy or support for the massacre and pillage of Jews; that we do not believe such cruelties have the support of any of the inhabitants of Lithuania or Ukraine, but that, on the contrary, it is the firm intention of the Lithuanian and Ukrainian republics to grant Jews equal rights and protections with all other citizens.“<sup>95</sup>

Am 26. Januar 1920 richtete eine litauische Diplomatenmission, die in den USA die *de jure*-Anerkennung der Republik erreichen wollte, eine Erklärung an den US-Demokraten Adolph J. Sabath, der großes Interesse an den neuen

---

Zusammenleben von Juden und Litauern vor dem Ersten Weltkrieg siehe u.a. KLAUS RICHTER: Anti-Semitism and „Economic Emancipation“. The Lithuanian Co-operative Movement before World War I, in: *Quest. Issues in Contemporary Jewish History* 3 (2012), URL: <http://www.quest-cdecjournal.it/focus.php?id=300> (22.10.2014); LIUDAS TRUSKA: *Lietuviai ir žydai nuo XIX a. pabaigos iki 1941 m.* [Litauer und Juden vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1941], Vilnius 2005; MORDECHAI ZALKIN: *Antisemitism in Lithuania*, in: HANS-CHRISTIAN PETERSEN, SAMUEL SALZBORN (Hrsg.): *Antisemitism in Eastern Europe. History and Present in Comparison*, Frankfurt a.M. 2010, S. 135-167.

<sup>92</sup> MATIJOŠAITIS-ESMAITIS (wie in Anm. 91) [Übersetzung K.R.].

<sup>93</sup> Nachman Rachmilewicz, Dovas Zaunius: Bericht von Augenzeugen über die jüngsten Geschehnisse in Wilna, 11.05.1919, in: LCVA, f. 648, ap. 1, b. 89, l. 7; siehe auch: Resolution der Wilnaer Gemeinde wegen der jüngsten Ereignisse, 06.05.1919, ebenda, l. 1-3.

<sup>94</sup> Lithuanians Accuse Poles, in: *New York Times* vom 08.06.1919.

<sup>95</sup> Want Poland To Withdraw Force, in: *New York Times* vom 26.06.1919.

Staaten in Ostmitteleuropa zeigte. Die litauische Republik habe in ihrer Verfassung vom Oktober 1918 „same rights for all nationalities“<sup>96</sup> festgeschrieben, alle diskriminierenden Gesetze des russischen Zarenreiches abgeschafft und ein separates Ministerium für jüdische Angelegenheiten eingerichtet. Die litauischen Juden selbst unterstützten die litauischen Unabhängigkeitsbestrebungen, hätten der Mission größten Erfolg gewünscht und ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, „that it would obtain support from Jewish citizens of Lithuania who live in the United States.“<sup>97</sup>

Tatsächlich äußerten sich jüdische Zeitungen inner- und außerhalb Litauens ausgesprochen positiv über die Politik der Litauischen Republik und die den Juden und Weißrussen gewährte Autonomie – zumeist in Abgrenzung zu Polen. *Di Yidishe Shtime*, die in Kaunas erschien, berichtete wohlwollend über die tolerante Sprachenpolitik und die Abschaffung der Vorschrift, dass an jeder Schule ausschließlich in Litauisch unterrichtet werden müsse.<sup>98</sup> Die in Paris erscheinende *Evrejskaja Tribuna* berichtete im Februar 1921 im Vorfeld des geplanten Plebiszits über die staatliche Zugehörigkeit von Vilnius, dass sowohl die Litauer als auch die Juden unter dem polnischen Regime litten und in akuter Lebensgefahr seien. Während des kurzen Zeitraums der Zugehörigkeit der Stadt zur Republik Litauen hingegen „genossen die Juden von Vilna alle Privilegien und gleiches Bürgerrecht mit vollem Schutz durch das Gesetz“<sup>99</sup>, weshalb sich die führenden Juden von Vilnius „ohne Furcht vor den Bajonetten Zeligowskis“<sup>100</sup> dazu entschieden hätten, ihre Stimme Litauen zu geben.

## 5 *De Jure*-Anerkennung und Abschaffung der Autonomien

Die litauischen Versprechen, die Rechte der jüdischen Minderheit in der Republik zu schützen, waren keine reinen Lippenbekenntnisse. Bereits am 5. August 1919 hatte Voldemaras den jüdischen Delegierten in Paris ein Memorandum zukommen lassen, das den Juden eine proportionale Vertretung im Parlament, eigene Verwaltungsstrukturen, ein eigenes Rechtswesen sowie ein Ministerium für jüdische Angelegenheiten zusicherte.<sup>101</sup> Diese Maßnahmen

<sup>96</sup> Chairman of the Lithuanian Mission to America: Statement regarding the condition of the Jews in Lithuania, 26.01.1920, in: LCVA, f. 656, ap. 1, b. 245, l. 5.

<sup>97</sup> Ebenda.

<sup>98</sup> Kovne. In Kovner Shtetl Dume (1919), in: *Di Yidishe Shtime*, 16, vom 11.08.1919, S. 2; Litoeyn nit obligatorish, in: *Di Yidishe Shtime*, 18, vom 13.08.1919, S. 2 [Übersetzung K.R.].

<sup>99</sup> The Attitude of the Jews towards the Plebiscite in Vilna, in: *Evrejskaja Tribuna* vom 10.02.1921, zit. nach LCVA, f. 383, ap. 7, b. 251, l. 120.

<sup>100</sup> Ebenda.

<sup>101</sup> Darüber hinaus beinhaltete das Memorandum die Zusicherung vollständiger Gleichberechtigung und kultureller Autonomie. ANTONY POLONSKY: *The New Jewish Politics and Its Discontent*, in: ZVI GITELMAN (Hrsg.): *The Emergence of Modern Jewish*

wurden am 10. Januar 1920 umgesetzt<sup>102</sup> und stießen unter den Vertretern der jüdischen Gemeinden auf große Zustimmung.<sup>103</sup> Max Soloveitchik, Minister für jüdische Angelegenheiten, verkündete vor der Zweiten Jüdischen Nationalversammlung in Kaunas vor Vertretern internationaler jüdischer Organisationen: „Litauen ist der Quell, dem die Ideen entspringen, welche die Grundlage neuer Formen jüdischen Lebens bilden werden.“<sup>104</sup>

Als Verbündeter gegen die Bol'seviki war Litauen von Großbritannien und Frankreich gemeinsam mit Lettland und Estland bereits im Zuge des Polnisch-Sowjetischen Krieges *de-facto* anerkannt worden.<sup>105</sup> Noch am 15. Oktober 1919 teilte Außenminister Robert Lansing dem Lithuanian National Council mit, die US-Regierung sei „traditionally sympathetic with the national aspirations of dependent peoples“, hielte es jedoch für geboten, am Prinzip der territorialen Integrität festzuhalten.<sup>106</sup> Dies entsprach der US-amerikanischen Politik, Admiral Aleksandr Kolčak als aussichtsreichsten Gegner der Bol'seviki und somit ein Russland in seinen vorrevolutionären Grenzen zu unterstützen. Innerhalb eines solchen demokratischen Russlands sollte den baltischen Staaten ein hohes Maß an Autonomie eingeräumt werden.<sup>107</sup>

Die US-amerikanische Presse sah die Weigerung, Litauen *de jure* anzuerkennen, vor dem Hintergrund der Schwäche der antibolschewistischen Armeen der Weißen Garde zunehmend kritisch: „There is very little difference of opinion among the Lithuanian people themselves concerning the form of government under which they are desirous to live. Lithuania at present is a republic [...], under a provisional government, maintaining its battle

---

Politics. Bundism and Zionism in Eastern Europe, Pittsburgh 2003, S. 35-53, hier S. 48.

<sup>102</sup> Maksas Soloveičikas (Max Soloveitchik): Paaiškinimasai rastas [Erklärende Note], in: Vyriausybės žinios (1920), 20, S. 4.

<sup>103</sup> VERENA DOHRN: State and Minorities. The First Lithuanian Republic and S. M. Dubnov's Concept of Cultural Autonomy, in: ALVYDAS NIKŽENTAITIS, STEFAN SCHREINER u.a. (Hrsg.): The Vanished World of Lithuanian Jews, Amsterdam 2004, S. 155-174, hier S. 163.

<sup>104</sup> POLONSKY (wie Anm. 101), S. 47.

<sup>105</sup> Großbritannien erkannte Litauen am 25.09.1919 *de facto* an, Frankreich folgte am 11.05.1920. Deutschland und Russland hatten Litauen bereits am 23.03.1918 bzw. am 12.07.1920 *de jure* anerkannt. Frankreich und Großbritannien hingegen knüpften eine *de jure*-Anerkennung Litauens nach dem Vertrag von Riga an die im Versailler Vertrag vorgesehene Internationalisierung des Flusses Memel (Nemunas). EIDINTAS/ŽALYS/TUSKENIS (wie Anm. 50), S. 224; MCADOO/ADAMS/CHANDLER (wie Anm. 40), S. 16-25; STEFAN TALMON: Recognition of Governments in International Law. With Particular Reference to Governments in Exile, New York 1998, S. 47.

<sup>106</sup> Baltic Problem from Two Angles, in: New York Times vom 22.05.1921.

<sup>107</sup> Siehe z.B. The Russian Ambassador to the United States (Bakhmeteff), temporarily at Paris, to General Tasker H. Bliss of the Commission to Negotiate Peace, 08.07.1919, in: United States Department of State Papers relating to the foreign relations of the United States. Russia (1919), S. 684-687, URL: <http://digital.library.wisc.edu/1711.dl/FRUS.FRUS1919vRussia> (30.12.2014).

lines against Russian aggression of Bolsheviks [...].“<sup>108</sup> 1921 lobten Vertreter der Entente, die baltischen Staaten

„managed to shake off the communist yoke and succeeded in establishing more or less stable Governments on a representative basis [...]. It is generally agreed here in discussions of the Baltic problem that the establishment of government and the introduction of law and order in any part of Russian territory must be considered as a victory of progress and democracy and as such is entitled to sympathy and aid.“<sup>109</sup>

Der Historiker Samuel Eliot Morison, US-amerikanischer Gesandter bei der Baltischen Kommission der Friedenskonferenz, beklagte Ende 1919, dass Amerikaner litauischer und lettischer Herkunft ein Jahr nach Ende des Krieges nicht einmal Post an ihre Verwandten schicken könnten, da deren Heimat noch immer als Teil Russlands gelte.<sup>110</sup> Anfang 1921 gab die *New York Times* zu bedenken, dass eine zumindest *de facto*-Anerkennung helfen würde, die „working and reasonably stable governments“<sup>111</sup> Litauens, Lettlands und Estlands und so die Demokratie in der Region zu stärken. Erst am 28. Juli 1922, als klar geworden war, dass sich die Bol'seviki in Russland fest etabliert hatten, erkannte die US-Regierung alle drei Staaten *de facto* und sogar *de jure* an, mit der Begründung, deren Regierungen würden „von einer indigenen Bevölkerung gestützt“<sup>112</sup> und ihre Anerkennung widerspreche nicht dem Prinzip der territorialen Integrität des Russischen Reiches. Dieser Schritt führte zur gemeinsamen *de jure*-Anerkennung Litauens durch die Entente am 20. Dezember 1922.<sup>113</sup>

Die vorläufige Verfassung der Republik Litauen konstituierte das Land als „demokratische Republik“<sup>114</sup>, die endgültige Verfassung vom 1. August 1922

<sup>108</sup> Siehe z.B. C. JOSEPH GEDWILL: The Political Parties of Lithuania, in: Republican (Ill.) vom 04.06.1919.

<sup>109</sup> No Recognition for Lithuania, in: New York Times vom 10.02.1920; Baltic Problem from Two Angles, in: New York Times vom 22.05.1921.

<sup>110</sup> SAMUEL ELIOT MORISON: The Baltic States. In Favor of the Recognition of their Independence, in: New York Times, 2.12.1919.

<sup>111</sup> New States on the Baltic, in: New York Times vom 28.01.1921.

<sup>112</sup> GEORG RUTENBERG: Die Anerkennung des litauischen Staates, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1 (1929), S. 250-263, hier S. 263.

<sup>113</sup> EIDINTAS/ŽALYS/TUSKENIS (wie Anm. 50), S. 224; JAMES T. MCHUGH, JAMES S. PACY: Diplomats without a Country. Baltic Diplomacy, International Law, and the Cold War, Westport 2001.

<sup>114</sup> Laikinoji Lietuvos Valstybės Konstitucija [Vorläufige Verfassung des Litauischen Staates], in: Laikinosios vyriausybės žinios (1920), 37, S. 1-2. Dieser Passus änderte sich auch nicht in der Verfassung von 1928, die zwei Jahre nach dem Putsch durch Smetona und Voldemaras erlassen wurde. Erst in der Verfassung von 1938 wurde das Adjektiv „demokratisch“ gestrichen. Vyriausybės žinios (1928), 275, S. 1-6; LCVA, f. 923, ap. 1, b. 814, l. 24-28.

sicherte den Minderheiten Autonomie zu.<sup>115</sup> Zu diesem Zeitpunkt regte sich freilich innerhalb Litauens bereits Kritik an dem Prinzip der kulturellen Autonomie. Der Minister für weißrussische Angelegenheiten, Dominik Semaška, stellte selbst offen den Sinn seines Ministeriums in Frage, da es weniger die zahlenschwachen Weißrussen innerhalb des litauischen Territoriums als vielmehr die Exilregierung der Weißrussischen Volksrepublik repräsentiere.<sup>116</sup> Die Unterstützung eines Misstrauensvotums gegen die christdemokratische Regierung im März 1923 durch jüdische Abgeordnete sorgte für Unmut bei konservativen litauischen Kreisen, zumal ein Zensus in demselben Jahr ergab, dass die Zahl der Juden in Litauen deutlich geringer war als angenommen.<sup>117</sup> Vor allem aber hatte sich Litauen als Staat konsolidiert: Der Polnisch-Sowjetische Krieg war beendet, Litauen *de jure* anerkannt, die Annexion des Memellandes war ohne nennenswerte diplomatische Störungen erfolgt. Grodno spielte als Teil Litauens keine Rolle mehr, und die Unterstützung der Vilniuser Juden mag der Anerkennung Litauens geholfen haben, reichte aber allein nicht aus, um Vilnius als Hauptstadt dem litauischen Staat anzugliedern. Im Februar trat Shimshon Rozenboim als Minister für jüdische Angelegenheiten zurück, woraufhin der Posten im neuen Kabinett nicht mehr besetzt wurde<sup>118</sup>; im September 1924 wurde der Jüdische Nationalrat auf Weisung des Innenministeriums abgeschafft<sup>119</sup>. Spätestens 1925 – ein Jahr vor der Etablierung der Smetona-Diktatur – wurde Litauen schließlich zu einer „ethnic democracy“ par excellence: Eine für Polen und Deutsche diskutierte Autonomie wurde im Parlament endgültig abgewiesen<sup>120</sup>, während sich die Autonomie für Juden von einem Versprechen für politische, soziale und ökonomische Teilhabe nahezu ausschließlich zu einer Form von Selbstverwaltung in religiösen und kulturellen Angelegenheiten gewandelt hatte.

<sup>115</sup> Lietuvos Valstybės Konstitucija [Verfassung des Litauischen Staates], in: Vyriausybės žinios (1922), 100, S. 5-6.

<sup>116</sup> DOMINIK SEMAŠKA: Lietuvos gudų ir tautinių mažumų klausimas Lietuvoje [Die Frage der litauischen Weißrussen und der nationalen Minderheiten in Litauen], in: Lietuva, 116, vom 19.05.1922, S. 1-2.

<sup>117</sup> POLONSKY (wie Anm. 101), S. 49.

<sup>118</sup> Dem Rücktritt Rozenboims war die haushaltspolitische Entscheidung vorausgegangen, dem Ministerium für jüdische Angelegenheiten das Budget zu streichen. Ebenda, S. 49.

<sup>119</sup> GIDEON SHIMONI: Jewish Identity in Lithuania and South Africa, in: SANDER L. GILMAN, MILTON SHAIN (Hrsg.): Jewries at the Frontier. Accommodation, Identity, Conflict, Champaign 1999, S. 128-141, hier S. 141.

<sup>120</sup> ALGIMANTAS KASPARAVIČIUS: Parlamentarizmo ir politinės kultūros problemos Lietuvoje 1920-1926 metais, in: Parlamento Studijos 6 (2006), URL: [http://www.parlamentostudijos.lt/Nr6/6\\_Istorija\\_Kasparavicius.htm](http://www.parlamentostudijos.lt/Nr6/6_Istorija_Kasparavicius.htm) (03.03.2014).

## 6 Fazit

Litauische Politiker nutzten eine demokratische Rhetorik und demokratische Mechanismen, um Unterstützung für die Konsolidierung der litauischen Republik und die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit zu erreichen. Andere politische Systeme waren vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der monarchischen Ordnung von Brest-Litowsk und dem in den USA grassierenden *Red Scare* desavouiert und standen der Erlangung internationaler Anerkennung von staatlicher Unabhängigkeit im Wege. Dass Demokratie in dem entstehenden litauischen Staat in erster Linie eine außenpolitische Legitimierungsstrategie und weniger eine Legitimierung durch Volkswillen innerhalb des neuen Staates darstellte, wird daran deutlich, dass solchen demokratischen Prinzipien besondere Aufmerksamkeit zukam, die aufgrund der geopolitischen Lage von Vertretern der Entente in hohem Maße erwünscht waren. Von besonderer Bedeutung war dabei die Konzeption Litauens als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ in Abgrenzung gegen die Sowjetunion sowie als Beschützer von Minderheiten – in diesem Fall Juden und Weißrussen in Abgrenzung gegen Polen. Präzise Aussagen bezüglich des Einflusses litauischer Aktivisten – insbesondere des Lithuanian National Council – auf US-amerikanische Diplomaten und Politiker erfordern weitere Forschungen. Es lässt sich jedoch feststellen, dass die Presse die vorbehaltlose Unterstützung Polens und der Weißen Armee durch die Entente und insbesondere durch die US-Regierung auf Kosten der sich auf demokratischer Basis formierenden baltischen Republiken nach den Pogromen in den polnisch besetzten Gebieten und dem Friedensabschluss von Paris zunehmend kritisch betrachtete.

Nahezu unüberwindliche wirtschaftliche Probleme, die Umklammerung durch Polen, Deutschland und die Sowjetunion, auf die in diesem Artikel nicht im Detail eingegangen werden kann, ein Mangel an Erfahrung mit demokratischer Praxis sowie im Allgemeinen ein geringes Maß an Verpflichtung zur Einhaltung demokratischer Formen nach Innen trugen dazu bei, dass die litauische Demokratie eine kurze Episode blieb. Obwohl sich der Staat in den frühen 1920er Jahren zumindest außenpolitisch erfolgreich konsolidieren konnte, überlebte die litauische Demokratie bereits den ersten Wechsel der Regierungskoalition nicht. Nach dem Wahlsieg eines Bündnisses aus Sozialdemokraten und Bauernpartei putschten Augustinas Voldemaras und Antanas Smetona mit Hilfe des Militärs gegen die Regierung und etablierten ein autoritäres Regime. Smetona, der sich 1928 als Führer des Volkes (*Tautos vadas*) durchsetzte, positionierte sich als Gegner einer demokratischen Regierungs- und Gesellschaftsform, die keine Gleichheit unter den Menschen, vor allem aber keine Sicherheit vor den Feinden Litauens schaffen konnte.<sup>121</sup>

<sup>121</sup> ALFONSAS EIDINTAS: *Antanas Smetona ir jo aplinka* [Antanas Smetona und seine Umgebung], Vilnius 2012; S. 250-272; KLAUS RICHTER: Der Kult um Antanas Smetona. Funktionsweise und Entwicklungen (1926-1940), in: BENNO ENNKER, HEIDI HEIN-



## Summary

### *“A Thoroughly Democratic Nation”. Democracy and Minority Protection in Lithuania’s Image Abroad*

The article argues that leading figures of the emerging Lithuanian state in 1918 to 1920 used democratic semantics and mechanisms to gain international support for their project of consolidating statehood. These were used specifically to dissociate independent Lithuania from Bolshevik Russia, from Germany, and from Poland. With the devaluation of alternative political models, such as the Brest system and Bolshevism, democracy became the only legitimate basis for the newly emerging states of East Central Europe. The article thus looks at the history of early interwar Lithuania from an international perspective, using Lithuanian newspapers and correspondence between Lithuanian political actors and representatives and journalists of the Western Entente.

In Lithuanian nationalism prior to the First World War, democracy played a very minor role. Moreover, only a small number of Lithuanians had experience with democratic practices. The short-lived Brest-Litovsk system, to which the newly independent Lithuanian state belonged, was intrinsically anti-democratic. Democracy as a legitimate foundation of statehood became important only with the German defeat in November 1918. The new Lithuanian state subsequently took up concepts of “western” democracy, particularly from the U.S., making them part of a lobbying effort, which was carried out partly by Lithuanian state actors themselves (e.g. at the Paris Peace Conference) or by diaspora Lithuanians. Democracy as discussed within Lithuania was an integrating system, encapsulating secular liberalism and political Catholicism, which had been the most important (and often conflicting) political movements within Lithuanian pre-World War I nationalism. Lithuania was thus conceived of as a “thoroughly democratic nation”, which was by nature opposed to German authoritarianism and Russian Bolshevism. Even as the members of the Western Entente continued to pin their hopes on the White Movement as the main opponent of Bolshevism, Lithuania was increasingly perceived abroad as a successful anti-Bolshevik *de facto* state.

In the first half of 1919, minority rights became a part of the Versailles agenda. With anti-Jewish pogroms perpetrated by Polish soldiers, Lithuanian state actors successfully invented the Lithuanian Republic as a multi-ethnic counterweight to an increasingly chauvinistic Poland and as a protector of Belarusians and Jews. While the integration of Belarusians went almost unnoticed abroad, the granting of cultural and administrative autonomy to the Lithuanian Jews became a powerful propaganda tool for Lithuanian state actors and diaspora Lithuanians lobbying in the USA. The international perception that Polish territorial ambitions in the East were becoming increasingly problematic and threatening peace was a decisive factor for international support of Lithuanian independence. The final granting of *de jure* statehood, however, only came in 1922 with the international awareness that the White movement had failed – it thus became more practical to support democratic states at the former imperial periphery than permit them to fall to Bolshevism. Belarusian and Jewish autonomy were abolished only a short time later. The limitation of Lithuanian democracy to the purpose of consolidating statehood in the specific post-First World War context very possibly contributed to its quick decline: The coup of 1926 and the establishment of Smetona as “national leader” two years later effectively abolished the short-lived Lithuanian democracy.

---

KIRCHER (Hrsg.): *Der Führer im 20. Jahrhundert*, Marburg 2010, S. 111-136, hier S. 121 f.